

Volksrecht

für Schichten

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Verantwortl. Redakteur: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 2141
Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schichten
550000 Nr., auswärts 220000 Nr. Anzeigen unter Text
300000 Nr., auswärts 120000 Nr. Stellenangebote 80000 Nr., Familienangelegenheiten
Stellenangebote, Verträge, Verlobungs- und Heiratsanzeigen 60000 Nr.
Stirne Anzeigen pro Wort 10000 Nr., das letzte Wort 20000 Nr. Anzeigen für
die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-
Expedition Jurastraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist
durch die Haupt-Expedition: Jurastraße 4/6, durch die
Zweig-Expeditionen: Neue Gausenstraße Nr. 5, durch die Zweig-
stellen, Abonnementgeschäft: Weidestraße 140, sowie durch alle Aus-
wärtigen Buchhandlungen, zu beziehen. Preis freibleibend, vorkauflich wöchentlich 1 600 000 Nr.
für den Monat September freibleibend.

Die neue Doppelwährung beschlossen!

Goldnoten neben Papiernoten.

Gold, Devisen und Warenwechsel als Sicherheit für die Wertbeständigkeit der neuen Währung.

Ein eigener Drahtbericht meldet uns:
Das Reichsamt hat am Montag nacht in einer
mehrfach beschlossenen Sitzung mit der Währungsfrage beschäftigt
und einstimmig beschlossen, die Lösung dieser Frage auf
dem Wege einer Goldnotenbank zu suchen. Diese Bank soll
bei voller rechtlicher Selbstständigkeit und unbedingter Unab-
hängigkeit von den Reichsfinanzen in organischer Verbindung mit
der Reichsbank ihre Tätigkeit ausüben. Die Vorbereitungen zur
Durchführung des Beschlusses sollen sofort in Angriff genommen
werden. Als Unterlagen der neuen Währung
kommen nur Gold, Devisen und Warenwechsel in
Frage. Die übrigen Pläne, „Koggenwährung“ oder „Währung
auf Grundlage einer Erfindung von Sachwerten“, sind vorläufig
fallen gelassen worden. Die Papiermark wird vorläufig
aufrecht erhalten, so daß wir also in Zu-
kunft eine Parallelwährung haben, das heißt daß neben
Goldnoten auch Papiermarknoten im Verkehr
sind. Es wird für spätere Zeiten an einen all-
gemeinen Umtausch der Papiermarknoten gedacht, wie
die Regierung überhaupt plant, möglichst bald eine Kontingenz-
ierung der Papiermarkenausgabe vorzunehmen. In welchem
Maße das geschehen kann, hängt von der außenpolitischen Ent-
wicklung ab.

Die Einkimmigkeit der Kabinettsbeschlüsse
gibt der angekündigten neuen Währung in Wirtschaftskreisen
sicher bereits ein gewisses Vertrauen. Eine
sachliche Stellungnahme behielten wir uns bis
zur Mitteilung näherer Einzelheiten der neuen
Notenbank-Organisation vor. Die Ablehnung des
Helfferischen Planes einer Währung in An-
lehnung an die spekulative so bewegten Roggenpreise
ist nur den Agrariern und Getreidehändlern zugute
gekommen wäre, ist auf jeden Fall zu begrüßen. Auch
der Währungspolitische Ausschuss des Reichswirt-
schaftsrats hat sich ja gegen dieses von den Inter-
essenten fast terroristisch geforderte Projekt gewandt.

„Kontomark“ bei der Reichsbank.

Die Reichsbank wird in den nächsten Tagen neben ihrem
gewöhnlichen Giroverkehr auf „Kontomark“ lautende Giro-
konten eröffnen, wobei die Kontomark gleich dem 10. Teile eines
Dollars zu gelten hat. Konten werden vorläufig nur bei der
Reichsbank in Berlin und zwar bei der Kontomark-Giro-
abteilung geführt. Die Ausdehnung des Geschäftszweiges auch auf
die Reichsbankfilialen in der Provinz ist für späterhin in Aussicht
genommen. Der Antrag auf Eröffnung eines Kontomarkkontos ist
bei der Reichsbank zu stellen, zu deren Bezirk der Antragsteller
seinem Wohnort nach gehört. Die buchmäßige Abwicklung des
neuen Geschäftszweiges lehnt sich im wesentlichen an den gewöhn-
lichen Giroverkehr an. Zur Guthabenseite auf Kontomark-
konten gelangen in erster Linie die in Papier-
mark umgerechneten Erträge der zu diesem
Zweck der Reichsbank überlassenen Devisen und
sowie in der Weise, daß sie auf Grundlage des Berliner amtlichen
Kassamittelkurses für telegraphische Auszahlung New-York in
Kontomark umgewandelt werden. Bei der Umrechnung der ein-
gezeichneten Devisen in Papiermark sind die jeweils geltenden Be-
ziehungen der Reichsbank für ihren Devisenverkehr maßgebend.
Bei der im Vorstehenden bezeichneten Abgabe von Devisen an die
Reichsbank kann auch ein Antrag auf Guthabenseite von
Kontomark gegen Einzahlung von Papiermark
gestellt werden. Der Antrag muß gleichzeitig mit der
Devisenabgabe erfolgen. Die einzuzahlende Papier-
marksumme wird auf 25 Prozent des Betrages
beschränkt, der sich unter Zugrundelegung des zuletzt bekannt
gewordenen amtlichen Berliner Mittelkurses für die eingeleisteten
Devisen errechnet. Die Umrechnung des Papiermark-
betrages in Kontomark erfolgt auf Grundlage
des Dollarkurses, der für die Umwandlung der aus Devisen
erzielten Papiermarkbeträge maßgebend ist. Der Kontoinhaber
kann von dem Recht der Bareinzahlung in Höhe von 25 Prozent
ganz oder auch zum Teil Gebrauch machen.

Die Verfügung durch welche Kontomarkhefts muß der
Reichsbank, Kontomark-Giro-Abteilung, vorher schriftlich an-
gefordert werden. Die Einlösung der Schecks erfolgt am dritten
Arbeits-Tag nach Eingang der Anfordigung bei der Kontomark-Giro-
abteilung auf Grund des letzten notierten Berliner amtlichen
Kassamittelkurses für telegraphische Auszahlung New-York. Bis
zum Erlaß einer gesetzlichen Bestimmung, nach welcher auf Kontomark
lautende Schecks zulässig sind, treten an Stelle des weißen
Kontomarkhefts einfache, nicht übertragbare Kassaquittungen.
Der Mindestbetrag der ersten Guthabenseite aus ein-
gezeichneten Devisen wird vorerst auf hundert
tausend Kontomark festgesetzt, das vorläufige
Mindestguthaben auf 5 Prozent dieser Summe,
d. h. fünf tausend Kontomark und die Mindesthöhe
des weißen Schecks auf 200 Kontomark. Die Erhöhung dieser
Beträge, vor allem des zu haltenden Mindestguthabens, bleibt vor-
behalten. Die für den Kontomark-Giroverkehr geltenden Be-
dingungen sowie die für die geschäftliche Abwicklung erforderlichen
Formulare können von sämtlichen Reichsbankfilialen bezogen
werden.

Neue Erdbebenkatastrophe in Japan.

Ein neuer Erdstöß in Ostindien.
Einer Meldung aus Kalkutta zufolge ist heute dort ein
heftiger Erdstöß erfolgt. Die Zahl der Toten und Verwundeten
soll 50 betragen.
Eine weitere Meldung weiß sogar zu berichten:
Am Montag morgen 4 Uhr wurde Kalkutta von einem
starken Erdbeben betroffen. Die Bevölkerung der Stadt liegt
in dürtigster Kleidung auf der Straße. Menschenverluste
und Gebäudeschäden sind ziemlich bedeutend.

Neue Vulkanen tauchen auf.
Nach einer Meldung des „Matin“ aus London wird aus
Tokio berichtet, daß die vulkanische Insel Oshima, die
während des Erdbebens im Meere verschwunden war, wieder
aufgetaucht ist. Sie trägt jetzt einen neuen Vulkan,
der in steter Tätigkeit ist.

Die Gesamtzahl der Toten und der Zerstörungen in Japan.

Nach Blätternachrichten aus London wird aus Tokio gemeldet,
daß nach den letzten amtlichen Berechnungen in Yokohama
23 000 Personen getötet und 40 000 verletzt worden sind,
71 Prozent der Gebäude von Tokio sind zerstört.
Den Londoner Blättern zufolge wird aus Nagasaki amtlich
gemeldet, daß bisher insgesamt 1 350 000 Tote fest-
gestellt sind. Die Zahl der zerstörten Häuser
belaufte sich auf 316 000.

Die Preispolitik der Schwerindustrie- kartelle erwürgt die Wirtschaft.

Zerstückelungen der verarbeitenden Industrie.
Infolge der überhöhten Rohstoffpreise des Düsseldorfer Stahl-
bundes liegen die Preise für die Produkte der deutschen
blechverarbeitenden Industrie um 30 bis 50 %
höher als der Preis für englische Bleche. Der
Export dieser wichtigen Industrie ist damit vollständig
unterbunden, wodurch die Arbeitslosigkeit in
der Fertigwarenindustrie bedeutend gesteigert
wird. Die Gesamtvereinigung der weis- und
schwarzblechverarbeitenden Industrien E. V. geht
den Ursachen der Katastrophe nach und findet: Sie ist der brutalen
und ungerechtfertigten Preispolitik der deutschen
Kartelle. Die ungunstige Auswirkung der deutschen Tarifs
auf die Tendenz der Preisbildung und der Rohstoffindustrie ist
heute die größte Gefahr für die deutsche Wirtschaft und für die
deutsche Handels- und Zahlungsbilanz geworden. Die Darlegung
des genannten Vereins stellt fest, daß bisher nicht genügend darauf
verwiesen wurde, daß die Stahlbündnisse bedeutend
über Weltmarktpreise liegen, so daß die deutsche ver-
arbeitende Industrie völlig konkurrenzunfähig gemacht worden ist.
Der Stahlpreis beträgt zum Beispiel bei einem Preis
von 240 Millionen für das englische Pfund schon das
23,15millionenfache der Friedenspreise, wäh-
rend der Pfundkurs nur das 11,76millionen-
fache und der bei der Eisenerzeugung eine große Rolle spielende
Kohlenpreis jetzt erheblich unter dem Weltmarkt-
niveau liegen. Es erscheint an der Zeit, daß mit
der Antitrustbewegung in Deutschland endlich
Erfolg gemacht wird. Die Kartelle haben sich zu Riesen ent-
wickelt, die der Bevölkerung das Blut, die Kaufkraft, ausaugen
und den Export zum Erliegen bringen.

Missstände im Handel mit der Goldanleihe.

Nach ehe die Stücke der Goldanleihe ausgegeben wurden,
handelte man die Anleihe an der Berliner Börse. Da nun die
Zeichnungen unter Zugrundelegung des Kurses vom letzten
Börsetage in Goldmark berechnet wurden, ergab sich, daß der
an der Börse genannte Kurs wesentlich niedriger war, als der
Dollarkurs. So ging an der Berliner Börse vom Freitag, wo
der Dollar mit 53 Millionen Mark bewertet wurde,
die wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches
nur mit 40 Millionen Mark um. Das erklärt sich
daraus, daß diejenigen Kreise, welche jetzt Goldanleihe, lieferbar
bei der Freigabe der Stücke, handeln erst an einem späteren
Termin zu liefern hatten, dieselben Stücke, die sie am Freitag
verkauften, noch zu dem Dollarkurs vom Donnerstag, nämlich
für 33 Millionen Mark durch Zeichnung er-
werben konnten. Es ist notwendig, daß dieser Mißstand be-
seitigt wird. Bei der großen Bedeutung, welche der Reichs-
anleihe für die weitere Gestaltung der Reichsfinanzen beizumessen
ist, darf nach außen hin nicht der Anschein erweckt werden, als
ob diese gegenüber dem Dollar unterwertig sei. Auf den ersten
Blick muß man aber auf diesen Gedanken kommen: In Wis-
senschaft ist aber die geringere Bewertung der Goldanleihe im
freien Börsenverkehr eine Täuschung. Wie das vorliegende
Beispiel zeigt, haben die Abgeber der Goldanleihe diese noch
um 7 Millionen Mark teurer verkauft, als sie
selber erkanden hatten und also sie jeder
andere noch am gleichen Tage kaufen konnte.
Wenn es trotzdem Käufer gab, welche die 7 Millionen Mark
mehr dafür zahlten, so ist das ein Beweis dafür, daß man in
späterer Zeit mit einer besseren Anpassung des Goldanleihe-
kurses an den Dollarkurs rechnen. Diese muß bei vernünftiger
Finanzpolitik in der Tat aus eintreten.

Der französische Botschafter ver- handelt mit der Reichsregierung

Ein eigener Drahtbericht meldet uns:
Die französische Presse besahe sich am Montag mit einer
Mitteilung aus Berlin, nach der der französische Bot-
schafter in Berlin am Sonnabend nachmittag in
der Reichskanzlei gewillt haben soll. Es heißt unter
anderem, daß er dort mit maßgebenden Vertretern
der Regierung Besprechungen über die Lösung
des Ruhrkonfliktes führte. In Paris ist man nicht in
der Lage, diese Meldung zu dementieren. Wir glauben, daß auch
die Berliner amtlichen Stellen zu einem Dementi nicht be-
rechtigt sind.

Genosse Sollmann für Verständigung.

Die augenpolitische Rundgebung unseres Innenministers.
Der Kernpunkt der augenblicklichen Lage ist die Ver-
ständigung zwischen Frankreich und Deutsch-
land, selbstverständlich unter Mitwissen der übrigen
Ententestaaten. Alles andere ist von sekundärer Be-
deutung. Wir Sozialisten haben uns seit vier Jahren bemüht,
diesen Gedanken in Deutschland populär zu machen. Ich will
keine Anschuldigungen erheben. Wir wissen, daß in Deutschland
Fehler gemacht wurden, aber auf der anderen Seite haben unsere
sozialistischen Bemühungen in Frankreich kein Echo ge-
funden. Die französische Politik hat besonders seit der Ruhr-
Invasion nicht die Sozialisten und Pazifisten, sondern die Natio-
nalisten geföhrt. Soll nicht ganz Mitteleuropa gefährdet werden,
so müssen wir sehr bald zu einer Verständigung mit Frank-
reich kommen. Wir Sozialisten sind nur nach schweren Be-
denken in die gegenwärtige Regierung ein-
getreten und zwar mit dem festen Entschluß, das Ruhrunter-
nehmen zu revidieren. Die Rundgebungen der Reichsregierung,
besonders des Reichskanzlers, haben der Welt gezeigt, daß in
der Außenpolitik eine aktive Wendung ein-
getreten ist. Wir sind bereit und gewillt, jede Ver-
einbarung mit der Entente, besonders mit
Frankreich, einzugehen, die uns die Sicherheit gibt, daß
das Ruhrgebiet und die Rheinlande nicht nur nicht von Deutsch-
land losgetrennt werden, sondern demnächst wieder vollkommen
der deutschen Verfügungsgewalt zu Gebote stehen. Wir sind uns
bewußt, daß dies nicht durch Reden und Forträge,
sondern nur durch große Anspannung der deut-
schen Wirtschaft gelassen kann. Wir sind bereit, dieses zu
tun, aber nicht — und keine deutsche Regierung kann das — auf
irgendeine Bedingung einzugehen, die die Zerstückelung des
Reiches bedeutet. Wir wollen Frankreich neben Re-
parationen auch jede für uns erträgliche Sicher-
heit gegen einen neuen Krieg an Rheine ge-
währen, nicht aber Separation in irgend einer
Form zulassen. Jedes einzelne Mitglied des jetzigen
Kabinetts ist frei von Nationalismus. Wir sind Deutsche und
wollen die Einheit des Reiches, aber jeder Chauvinismus
und jede Verhegung wird von uns abgelehnt und bekämpft. Wir
anerkennen die militärische Niederlage Deutschlands als
historische Tatsache des Sommers 1918 und ziehen die Konse-
quenzen aus ihr. Aufgabe der französischen Regierung ist es,
diese Tatsache, aus der unser Wille zu großen Reparationen ent-
spricht, dem deutschen Volke nicht durch unnütze Demütig-
ungen unerträglich zu machen. Warum das eigentlich nach
den schweren Waffenstillstandsbedingungen von 1918 und dem
harten Friedensvertrage von 1919? An den arbeitslosen
Borsten Prestige und Kapitulation kann das
Schicksal Mitteleuropas hängen, wenn im Streit
die Wochen verminnen. Es ist unbegreiflich, welche
dauernde Vorteile die französische Regierung
sich von dem wirren Zustande verspricht, dem
Deutschland entgegensteht. Die Aufgabe aller
Friedensfreunde ist es, die französische Politik auf der Linie der
Verständigung zu bewegen. Die deutsche Regierung ist
von dem einmütigen Entschluß, diese Politik nach Außen fort-
zusetzen und sich innen mit allen Machtmitteln des Staates der
feindlichen Mächte von rechts und links zu erwehren. Aber
alle Energien müssen sich weiten, wenn in
Deutschland durch den Zerfall der Wirtschaft
die Massen verzweifeln. Gegen den Hunger von
Millionen kann auch ein Heer und eine Polzeimacht nichts mehr
tun. Wir wollen unser deutsches Vaterland retten und Europa
friedliebend. Das ist das einseitige Bemühen der Reichs-
regierung.

Eine westdeutsche bürgerliche Stimme für Verständigung.

Von Tag zu Tag mehren sich die Stimmen in der bürger-
lichen Presse, die im Interesse der Gesundung der Finanzen die
Liquidierung des Ruhrkampfes fordern. Mit besonderer Schärfe
und in ganz eindeutiger Weise kommt dies vor allem in der
Westdeutschen Zentrumsblätter „Westdeutsche Volkszeitung“
ausbrud. So schreibt die „Frankfurter Volkszeitung“:
„Der Ruhrkampf, der in weiteren Kreisen nur noch „Ruhr-
Krieg“ genannt wurde, habe in seiner ganzen Anlage
und in seinem ganzen Verlauf eine merkwürdige Ähnlich-
keit mit dem Weltkrieg. In beiden Fällen ein Teil der

Beobachtung, der das Letzte für den Staat opfert und ein Teil, der sich aus der Not des Staates wiberlich müßt; in beiden Fällen eine Politik, die mit den drängenden Aufgaben der Stunde nicht fertig geworden ist. Habe etwa Dr. Cuno nicht eine verzweifelte Wehrlinie mit Dr. Michaelis? Wurde nicht heute wie damals das „Durchhalten“ am lautesten von denen gefordert, die nicht durchzuhalten hätten? Gebe es nicht heute wie damals Leute, deren täglicher Wunsch sei: Wenn nur kein Friede ausbricht? Würden nicht heute wie damals diejenigen, die aus klarer Erkenntnis der Lage heraus entschlossen sind, das Notwendige ohne falsche Rücksichtnahme zu tun, mit der Legende vom Dolchstoß bedacht?

Es ist nötig — fährt das Blatt fort — alle diese Dinge einmal im Zusammenhange zu sehen. Es wird von einem Dolchstoß gesprochen. Mit Recht. Aber, die den Dolch führen, das sind nicht die, die den Ruf haben, die Wirklichkeit zu sehen und die Wahrheit zu sagen, sondern die, die in verhängnisvoller Verblendung sich auch von den klaglichsten Tatsachen — Dollar 60 Millionen — nicht überzeugen lassen, nicht diejenigen, die in letzter Stunde noch die Katastrophe abwenden wollen, sondern die, die mit verantwortungsloser Abenteuerpolitik gräblich zur Katastrophe hinarbeiten; nicht der, der sich heute mit Frankreich selbst verständigen will, sondern der, der jahrelang solche Verständigung bewußt hintertrieben hat. Das ist die Wahrheit vom Dolchstoß.

Die Deutschnationalen für mehr Parlamentarismus!

Der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses des Reichstages, Abgeordneter Genosse Müller-Kranke, hat den deutschnationalen Mitgliedern des Ausschusses auf den Antrag, den Ausschuss einzuberufen, geantwortet, daß die Stuttgarter Ausführungen des Reichskanzlers ihm keinen laß dazu gäben. Er werde jedoch nach seiner Rückkehr nach Berlin in der nächsten Woche mit den Parteien und der Reichsregierung Fühlung nehmen. Die Deutschnationalen werden, laut „Sozialanzeiger“, nunmehr die sofortige Einberufung des Reichstages beantragen.

Es ist überaus ergötzlich, die Deutschnationalen als Vertreter des Parlamentarismus in einem Augenblick auftreten zu sehen, in dem die parlamentarischen Verhandlungen wirklich einmal unangebracht sind, da die Vertrauenskrise der überwiegenden Parlamentsmehrheit in der Reichsregierung jetzt nicht zu verhandeln, sondern zu handhaben haben. Für unser Verfassungsleben kann dieser Vorgang optimistisch stimmen: gerade die ärgsten Gegner des Parlamentarismus werden durch ihre parlamentarische Oppositionsstellung automatisch zu Hütern der Parlamentsrechte. Wenn sie wieder einmal über parlamentarische „Schwachsüben“ und ähnliches schimpfen, werden wir sie an diesen ihren Vorstoß für das Schwachsüben in entscheidender Zeit zu erinnern haben.

Der Konflikt zwischen der sächsischen Regierung und dem Reichswehrministerium

hat bisher eine Klärung nicht erfahren. Am Dienstag wird der sächsische Ministerpräsident in Berlin weilen, um, laut Soz.-Parl.-Dienst, mit dem Reichskanzler und den anderen zuständigen Reichsorganen den Konflikt auf irgend eine Art aus der Welt zu schaffen.

Es ist bezeichnend, daß sich in dem Konflikt zwischen dem sozialdemokratischen sächsischen Ministerpräsidenten und dem angeblich demokratischen Reichswehrminister die deutschnationale Presse vom Schlage der „Schlesischen Zeitung“ und sogar noch mehr verböhrt Organe bayerischer Couleur mit voller Kraft für Geßler einsetzt. Für einen angeblich republikanischen Politiker gerade an Geßlers Posten ist das eigentlich schon die ärgste Kompromittierung, die es geben kann. Der sächsische Ministerpräsident hat seinen Kampf gegen Geßler ja keineswegs aus persönlicher Liebhaberei vom Zaune gebrochen, sondern er ist als Leiter der Politik eines deutschen Landes durch die unaufrichtige, mit inner- und außerpolitischen Abenteuerplänen von größter Gefahr für das deutsche Volk immer noch (wenn auch ängstlich)

spielende Politik gewisser Reichswehrkriegen gezwungen worden. Eine Beilegung dieses Konfliktes wird angesichts der Lage Deutschlands jeder verantwortungsbewußte deutsche Politiker wünschen, aber es wäre trügerisch, anzunehmen, daß solche Dinge durch Einwirkung auf Dr. Seigner oder irgend welche anderen deutschen Kritiker des Reichswehrministeriums aus der Welt zu schaffen wären. Wenn das Reichswehrministerium immer aufs neue durch seine Behandlung der Waffenfrage und seine ganze in der Tradition einer neu-junkeren Epoche befangene außenpolitische Einstellung Kritik herausfordert, so werden ihm immer neue Kritiker entstehen, die auch durch nationalistische Pressehefte von der nationalen Pflicht öffentlichen Widerspruchs gegen dilettantische und innerpolitisch reaktionäre Intrigen nicht abzubringen sein werden. Herr Geßler wird das nächstens z. B. aus seiner gerichtlichen Auseinandersetzung mit der „Volkswacht“ ersehen, wenn er auf andere Warnungen nicht hören will.

USPD. und SPD. in Thüringen.

Aus Thüringen wird dem „Soz. Parlaments-Dienst“ geschrieben:

Die thüringische Sozialdemokratie hatte aus Anlaß der kommunistischen Hete gegen die thüringische Regierung ihre Ortsvereine aufgefordert, zu der Haltung der kommunistischen Partei Stellung zu nehmen und sich darüber zu entscheiden, ob sie noch als vertragsfähig betrachtet und mit ihr über die Beilegung eines Konfliktes verhandelt werden kann. Die inzwischen getroffenen Entscheidungen dürften unserer Landtagsaktion Anlaß geben, sich nochmals bereit zu erklären, mit der kommunistischen Fraktion die in Thüringen begonnene sozialistische Arbeit fortzuführen. Die Fraktion wird gleichseitig aber keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie und die Regierung sich kommunistischen Diktaturgefahren ebensomenig fügen werden, wie einem Siebenbräutigam, als der sogenannten „sächsischen Lösung“, oder einer sonstigen Rebeherregung von kommunistischen Gnaden. Sollten die Kommunisten in Zukunft trotzdem ihre bisherige Politik fortsetzen, dann ist die sozialdemokratische Landtagsaktion bereit, durch Landtagsauflösung und Neuwahl die notwendige Klärung herbeizuführen.

Ein offenes Geständnis der „nationalsozialistischen“ Parteimitglieder.

München, 16. September. (Eig. Drahtber.) Die Nationalsozialisten hatten für den „Deutschen Tag“ in Nürnberg alles aufgegeben, um das „Fest“ ganz in ihrem Sinne zu gestalten. Nach außen hin ist ihnen das auch größtenteils gelungen, aber sie vermochten nicht zugleich auch die von ihnen gehegten Aktionspläne in die Tat umzusetzen. Nun ist allerdings das Vorhandensein solcher Pläne von den Verantwortlichen des „Deutschen Tages“ noch bis in die letzte Tage hinein bestritten worden. Diese Herren sind aber jetzt böse gestraft durch die letzten Kommentare, die das nationalsozialistische Organ Nürnberg, die „Weiße Fahne“, zum „Deutschen Tage“ gegeben hat. Hier wird offen mitgeteilt, daß der „Deutsche Tag“ als ein Mittel der Gegenrevolution gegen den heutigen Staat und seine Ordnung gedacht war. Er sollte den Geist erzeugen, durch den die Pläne für den Sturm auf sozialdemokratische Werkstätten, Häuser und Redaktionen in die Tat umgesetzt wurden. Das war selbst dem Staatskommissar von Nürnberg, Herrn Gericke, der bekanntlich auf Vorladung der Bayerischen Verbände ab 1. Oktober zum Leiter der Reichlichen Polizei Nürnberg bestimmt ist, ja klar, jedoch er die „Weiße Fahne“ auf 8 Tage verbieten hat.

Kein Antrag des früheren Kronprinzen auf Rückkehr nach Deutschland.

In letzter Zeit tauchen immer wieder Klatschmeldungen auf, die von einer baldigen Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland sprechen. In diesem Zusammenhang ist auch verschiedentlich behauptet worden, daß der Kronprinz bereits ein entsprechendes Gesuch an die Reichsregierung gerichtet habe und das Kabinett sich mit der Angelegenheit schon befaßt hat. Wie wir erfahren, ist die Reichsregierung nicht davon unerrührt, daß der ehemalige Kronprinz von Schweden, in die Heimat zurückzuführen. Ingerd ein stillschweigender oder inoffizieller Antrag in dieser Richtung an die Regierung gelangt. Damit erweisen sich die Behauptungen, daß das Kabinett die Angelegenheit bereits besprochen habe, ohne weiteres als falsch.

Ein Dollar (Berlin) 50826750 Mt.
Ein Dollar (Newyork) 4444444 Mt.

Will Italien jetzt auch Fiume an sich reißen?

Der politische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Dem 15. September, dem Tag, an welchem das von Mussolini an Serbien wegen der Fiumestrage gerichtete Ultimatum ablief, wurde in britischen und in alliierten Kreisen mit einiger Beforgnis entgegengeesehen. Belgrad habe das Ultimatum verworfen, und es sei unklar, ob Italien der schiedsrichterlichen Entscheidung der Schweiz zustimmen werde. Diplomatische Beobachter in Rom drückten die Befürchtung aus, daß Italien die Annexion von Fiume in Aussicht nehme, und daß die militärischen Vorbereitungen die einer nur teilweise Befreiung von Korfu weit überstiegen.

Wenn diese Meldung des englischen Blattes sich bestätigt, so würde Italien die ganze Adriafrage im jetzigen Augenblick aufgrund seiner bisherigen Erziele gegen Griechenland aufrufen. Ein Machtkonflikt mit der gesamten kleinen Entente würde dann unausbleiblich und neuer kriegerische Bemühungen möglichkeiten wären sofort da. Wenn Italien Aussicht hätte, in Korfu und den anderen neubefreiten Inseln zu bleiben, in Korfu und den anderen neuer Aktion gegen den großen Freihafen östlich der Adria laum zu schreiben, da es dann ja die ganze Adria leicht sperren könnte.

Der Völkerbundsrat trat am Montag nachmittags zu einer streng vertraulichen Sitzung zusammen. Es verlautet, daß Gegenstand der Beratung eine Forderung Mussolinis war, die dahin geht, von den Griechen vor deren Räumung Korfus sämtliche Besatzungskosten in Höhe von 15 Millionen zurückzufordern. Welche Stellung der Völkerbund hierzu eingenommen hat, ist unbekannt.

Weiter berichtet nunmehr auch die englische Regierung auf die Initiative für das Bemühen, die Zuständigkeit des Völkerbundes ein für allemal zu klären. Der englische Delegierte im Völkerbund ist intramurales worden, diese Frage von sich aus nicht mehr in die Debatte zu werfen. Erst wenn die kleine Entente Stellung nimmt, soll die englische Delegation sich grundsätzlich dabei ansprechen, daß der Völkerbund in einem Fall der unzureichenden Anwendung der Völkerbund durch ein Mitglied gegen ein anderes Mitglied zuständig sei, weil innerhalb des Völkerbundes und unter der Völkerbundfassung nur eine völlige Gleichheit zwischen großen und kleinen Staaten bestehen könne.

Das amtliche englische Büro teilt mit, daß ein Gehör der Besetzung in diplomatischen Kreisen über die letzte Sitzung des griechisch-italienischen Komitees ausgedrückt wurde. Es ist jedoch verfrüht, zu erklären, daß die Angelegenheit geregelt sei. Der Appell Griechenlands an den Völkerbund gelte weiterhin. Wenn er nicht zurückgezogen würde, so ist es wahrscheinlich, daß der Völkerbund ihn werde behandeln müssen. Die ganze Frage sei daher, wie lange die Besetzung von Korfu fort dauern werde. Es sei klar, daß die Unterbrechung des Nordes einige Zeit in Anspruch nehmen müßte, und daß der permanente internationale Gerichtshof keinerlei Entscheidungsumfassung bestimmen könne, bevor er das gesamte Beweismaterial der Kommission vor sich habe.

Die amerikanische Einwanderung an der Spitze der Deutschen!

Während des letzten Rechnungsjahres (bis 30. Juni) wurden laut Bericht des Einwanderungsbüros des Departements of Arbeit 522 019 (im Jahre 1921/22 309 556) Einwanderer nach den Vereinigten Staaten zugelassen; in der gleichen Zeit wanderten aus der Union 81 450 (im Jahre 1921/22 198 712) Personen nicht-amerikanischer Ursprungs aus. Von den Ankommenden waren 307 522 männlichen und 215 397 weiblichen Geschlechts, von den Rückwanderern 51 732 Männer und 26 698 Frauen. Nicht zugelassen wurden aus verschiedenen Gründen 20 619 Personen und 3661 deportiert. Von den Nichtzugelassenen war bei 8239 Personen zu befrachten, daß sie der öffentlichen Fürsorge anheim fallen würden; 1409 wurden nicht zugelassen, weil sie vor der Ankunft in den Vereinigten Staaten Arbeitsverträge abgeschlossen hatten, 2095 weil sie (über 16 Jahre alt) nicht lesen und schreiben konnten, 655 wegen anstehender und anderer Krankheiten und 2050, weil die Zulassungsquoten für ihre Länder erschöpft waren. Von den Zugelassenen standen an der Spitze die Deutschen mit 65 543; es folgten die Mexikaner mit 62 709, die Engländer mit 60 524, die National-Juden mit 49 719, die Italiener mit 39 226, die Schotten mit 33 627, die Estlandier (Dänen, Schweden, Norweger) mit 37 630, die Franzosen mit 34 371, die Polen mit 30 386, die Polen mit 13 210. Die meisten Amerikaner erhellten die Italiener mit 21 029, die Engländer mit 7929, die Polen mit 5278, die Chinesen mit 3788, die Spanier mit 3193 und die Griechen mit 3060 Personen. Hauptemwanderungszentren war Newyork, wo 295 475 Einwanderer amerikanischer Boden betraten.

Egon und Daniga.

Eine Erzählung von Otto Stoebel.

Er tat dies in seiner ansehnlichen Sommerausstattung und langte denn auch am Abend eines heißen Julitages an. Er trug einen, eben auf Kredit unter Zuhilfenahme prächtiger Krawattenbindungen angelegten photographischen Apparat an einem kleinen um die Schulter, denn er gedachte, die Beamtin und seine hübschen Verwandten und sich selbst in mehreren Aufnahmen festzuhalten, wie es sich bei Verlobungen üblich. In zugleich gebührender und angestrichelter Gemütsverfassung barg er den Gegenstand entgegen. Daniga erwartete ihn auf dem Bahnhof in entzückender lässlicher Kleidung wie eine Dancin, mit rotgebläutem Hut und Wimpern, hübschem Hemde, aus dessen Krawatte und weichen Armeln eine geblühende Hand hervorlief, in welcher die empfangene Sonne selbst zu schimmern schien. Ihre Wangen, glühend vor Hitze, Freude, Erregung, glühten zum beinahe unheimlichen und leuchten sich rund und kräftig in seine Hand, als er sie freischaltete. Mühsam umarmte sie den Egon, betrachtete im Angehöre der ganzen Station, als gedächte sie hiermit einen unüberwindlichen Junimund herbeizuziehen und festerlich zu erklären. Diese ihre Gebärde hatte eine solche Reize und Erhabenheit, daß der magere, fast schlottende Knabe dabei wie ein verzerrtes Kind, sie selbst aber als ein mütterliches Frauenzimmer erschien, das sie ja wie jedes Weib, im Glanze der Jungfräulichkeit von Natur aus dem Manne überlegen, auch wirklich war, indem sie den Egon, der auf dieses unerwartete Überwachen von Empfindungslosigkeit um so weniger gekümmert war, als sie ihm selber in dieser Ansehlichkeit nicht fern gehalten hatte, so eilt an die Brust gedrückt hielt, daß ihm der Atem ausging, logte sie in ihrer Weise, die gelegentlich auch ein wenig fremd klang und was, heimlich entwöhnte Kind einer andern Sprachmutter betriet. „Ach, Egon, wie hab ich dich viel lieb.“ Dann lag sie seinen Arm unter den Ärmeln und schloß mit ihrem Halsband wie mit einem hohen Kriegesgeschloß an den ansehnlichen Beobachtenden Stationenbesitzer und dem künftigen Publikum vorbei, die Straße nach dem Dorf entlang.

Sie hatte eine gute halbe Stunde Weges vor sich, die langsam verstrichen mußte, Egon allerhand Betrachtungsgegenstände

einzuwickeln. In keinem Entlegen erfuhr er, daß Danigas Mutter ganz und gar nicht auf die kommenden Ereignisse, also auf den kommenden Sonntag der Tochter, vorbereitet sei. Daniga aber lebte mit furchtbarem Entschlossenheit über alle seine Besenken und Gramände und wachte einen Arm fest an ihre Brust, als wolle sie ihn selbst an einem Gebirge des Familienwaisens verhängern. So langten sie denn vor dem Landgut an, das sich bei näherer Betrachtung als ein kleines, weißes, freundliches Barockhauschen mit Schindeldach erwies, von einem mächtigen Obligationen zugegeben, der an weite offene Wiesen und Acker grenzte, die aber nicht mehr zum Besitze gehörten.

Durch eine Holzgattertüre einsehend, fanden sie sich in einem kleinen Gemüde von Mädeln, Holzknecht und Stachelbeerzweigen, von wo sie aufmerksam eine Aussicht auf den Vorplatz des Häuschens hatten. Unter einem auf vier Pfählen überbauten Holzbau, das von wildem Wein überwachsen, eine sogenannte Veranda darstellte, war die ganze Gesellschaft versammelt.

In der Mitte vor einem runden Tisch auf einem Hochstuhl saßen die Mutter, wie eine Herrscherin ihren Kreis überblickend und behelst, wie sie war, gleichsam von der weißen Kutte selbst zum Behalten in starrer Stellung bestimmt. Ein großes breites Gesicht, mit Brillen besetzt, blickte streng unter wirren, weissen Haar hervor, welches aus einer bunten Mütze quoll. Ein langer Hals konnte sich gewandt herum und dorthin lehnen, wo es etwas zu befehlen gab. So brante sie bei ihrer letzten Stimme sich mit dem übrigen Körper gar nicht zu rühren, da sie mit Hilfe des beweglichen Halses und Hauptes ihr Gesichtsfeld weitgehend beherrschte und mit ihrer Rede sehr wohl unterwarf. Auf ihrem Rücken, dessen Rücken in einem bunten glänzenden Morgenrock über alle Gebühr zur Geltung kam, lag und lenkte sich wie ein Schmetterling auf bewegter See ein kleines grünes grünes Gesichtsfeld, das Zeichen ihres angenehmen Glaubens. Mit den beiden Händen, herabhängend wühlte sie in einer Schüssel Erbsen, die sie offenbar fürs Abendessen auslegte, wobei ihr die kleine Zoria half, welche neben dem grün geblühten Gesicht auf dem Tisch lag, während ihre Hände die Schültern des Hochstuhles berührten. Dieser hatte nämlich auf einem Schmelz, so recht ein Sinnbild ehrender Unterwürfigkeit. Mirto aber, in einer kümmerlichen Offiziantsin, einen roten Fes auf dem Kopfe und einen langen Tischtuch im Hande, späzierte auf und nieder, langte umweilen in die Schüssel und an die letzten Erbsen, um mit der entfallenden Schote dann entweder die Mutter oder die Schwester oder den

zukünftigen Schwager zu bewerten. Die Mama schlug, so oft sie getroffen wurde, eine behaglich zornige, grunzende Laute an. Zoria lächelte halb gedregert, halb freudlich, der Postament lächelte verbittlich. Daniga und Egon hatten nicht lange Zeit, dieses Gemüde lässlichen Familienfriedens zu betrachten, denn mit einem Male drehte die Alte das Haupt nach allen Seiten und fragte: „Wo bleibe denn die Daniga eigentlich? Ist sie denn nicht mit dem Anziehen fertig, sie sollte uns doch helfen.“ — „Sie hat wieder lang geschlafen nach Mittag“, gähnte Mirto hinter einer blauen Wolke her.

„Daniga“, rief die Mutter und wiederholte dreimal den Namen. „Da bin ich“, antwortete die Vermählte und trat, Egon nach sich ziehend, aus dem schlottenden Gebüde hervor; „und sich, wie ich mitgebracht habe.“

Hiermit waren auch schon beide unmitberührt vor dem Tisch. Die Mutter sah da, das Haupt in regungslosem Staunen vorgebeugt, Zoria war vom Tisch herabgesprungen und hand, bei Postament hatte sich vom Schmelz erhoben, nur Mirto parierte ruhig weiter und ging auf und ab, ohne sonderliche Neugierde.

„Wer sind Sie, wer ist das, was will er?“ fragte die Alte. — „Herr Egon de Amor, Mama, ein guter Bekannter aus Wien, der zu liebenswürdig war, meiner Einladung hierher zu folgen.“

Sachen hab ich ihn von der Bahn abgeholt.“

„Die gnädige Frau entschuldigen Egon, ich bin so frei, ich war so früh.“

„Wie kommen Sie, was hast du, wie kann man?“ keuchte Frau Milena Bozdarovich.

„Ich mag zu meinem Urlaub auch meine Gesellschaft in Unterhaltung haben, wie Zoria, und da wir uns neulich verlobt, so wollte ich meinen Bräutigam auch gleich mit euch bekannt machen. Da ist er also.“

Der Postament schlug die Hacken zusammen und verbeugte sich förmlich vor Egon, welcher „sehr erfreut“ kummelnd, energischer seinen Namen annahm.

„Bräutigam? Was soll das heißen? Verlobt? Warum heiratest du nicht auch gleich, warum gehst du nicht auf und davon, warum lebst du nicht auf Tisch und Bett so geschwind, wie du bist, Ungelesene, Berühmte, und bringst keine arme Mutter mit Schande ins Grab. Ich werde noch sterben, bei Gott.“

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftsbewegung.

Der Mitgliederstand der ADGB-Verbände.

Die 45 dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen Zentralverbände zählten am Schlusse des zweiten Jahres insgesamt 7 212 200 Mitglieder, wovon 1 653 869 weibliche Mitglieder sind. Die Gewerkschaft der Film- und Kinobeschäftigten hat auch diesmal die Zahl ihrer Mitglieder nicht vermindert. Für die Gesamtziffer ist das jedoch nicht von Bedeutung.

Im dritten Vierteljahr des Vorjahres war die Mitgliederzahl wieder über acht Millionen gestiegen; sie sank auf rund 7 200 000 am Jahreschlusse 1922 und hielt sich in diesem Jahre auf dem Stand von 7 212 200. Gegen das erste Vierteljahr 1923 ergibt sich eine Abnahme von 3056 männlichen und 6752 weiblichen Mitgliedern, gegen den Mitgliederstand von 1922 eine Abnahme von 187 226 Mitgliedern, worunter eine weibliche.

Sieben Verbände zählten weniger als 10 000 Mitglieder, die der Metallindustrie 1904, die Chorführer 4175, Feuerwerker 2201, die außerdem mit 6129 Mitgliedern dem ADGB angehören. Freizeitsportler 5648, Kupferschmiede 7944, Bergbauarbeiter 4787 und Schmiedehilfsarbeiter 3025. Über 10 000 bis 20 000 Mitglieder zählten sechs weitere Verbände, und zwar die Buchdrucker 12 584, die Dachdecker 11 840, die Fleischer 18 759, die Arbeiter der Textilindustrie 12 102 (Verrechnung mit dem Bergbauarbeiterverband beifolgt), und die Schneider 11 200. Über 20 000 bis 50 000 Mitglieder zählten fünf Verbände: Hotel-, Restaurant- und Caféangestellte 47 257, Holzarbeiter 27 031, Leberarbeiter 48 400, Telegraphen 20 632, Musiker 26 926. Sattler, Schneider und Portierarbeiter 46 094. Über 50 000 bis 100 000 Mitglieder haben die neun Verbände der Bäcker und Konditoren, Buchdrucker 92 720, Buchdrucker 70 000, Glasarbeiter 82 579, Hilfsarbeiter 50 155, Lebensmittel- und Getränkearbeiter 82 888, Maler 57 663, Porzellanarbeiter 73 265 und Arbeiter 61 937. In der Reihe zwischen 100 000 bis 200 000 Mitglieder stehen nur die vier Verbände der Bekleidungsarbeiter mit 127 826, Maschinenbau mit 101 486, Tabakarbeiter mit 199 769 und Zimmerer mit 107 183 Mitgliedern.

Zur nächsten Größenklasse bis zu einer halben Million Mitglieder zählen fünf Verbände: Bergarbeiter 398 312, Eisenarbeiter 437 411, Gemeinde- und Staatsarbeiter 271 263, Hilfsarbeiter 25 924 und Landarbeiter 449 107 Mitglieder. Darüber hinaus an erster Stelle der Reihenorganisationen der Metallindustrieverband mit 1 385 356 Mitgliedern, ihm folgt der Fabrikarbeiterverband mit 720 398, der Textilarbeiterverband mit 705 890, Bergarbeiterverband mit 557 937 und der Verkehrsverband mit 505 000 Mitgliedern.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder überwiegt die der männlichen in den Verbänden der Bekleidungsarbeiter (99 010 von 100 000), der Buchdrucker (55 742 von 92 720), der Chorführer (4175 von 4175), der graphischen Hilfsarbeiter (34 023 von 50 155), der Buchdrucker (84 681 von 109 763) und der Textilarbeiter (27 924 von 70 031). In den Verbänden der Bäcker und Konditoren, der Fabrikarbeiter, der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Lebensmittel-, der Landarbeiter, Leberarbeiter, Porzellan-, Maler- und der Schmiedehilfsarbeiter bildet die Zahl der weiblichen Mitglieder einen wesentlichen Teil der Gesamtmitgliedszahl.

Technische Nothilfe und Landwirtschaft.

Dem Deutschen Landarbeiterverband wird aus mitgeteilt: In der Landpresse wird in letzter Zeit wieder viel von der technischen Nothilfe in der Landwirtschaft geschrieben. Von der Notwendigkeit wird verlangt, daß alle landwirtschaftlichen Maschinen als lebensnotwendig bezeichnet werden, für die im Erzeugungsstadium durch die Arbeiter die technische Nothilfe zu leisten ist.

Wurde den Wünschen der Landbündler Rechnung getragen, so könnten die Landarbeiter mit ihrem Koalitionsrecht einsehen. Ohne Grund bewilligen die Arbeitgeber in der Landwirtschaft keine Wünsche ihrer Arbeiter, selbst Schiedssprüche, die unter Vorbehalt von Behörden (Reichsarbeitsministerium und anderen) gefällt werden, erziehen bei den Arbeitgebern oft eine Ablehnung.

Soweit technische Nothilfe in der Landwirtschaft bisher angeht, wurde, geschah dies in recht einseitiger Weise, lediglich durch die Landarbeiter. Als im April/Mai des vergangenen Jahres die Landarbeiter des Kreises Lauenburg (Bommern) verweigerten die Landwirte den streikenden Landarbeitern die Weide für ihr Vieh. Wo trotzdem die Kühe die Weide aufsuchten, wurden sie von den Besitzern und deren Beauftragten gejagt. Mit Gemeindemehrheit schloß die Landbündler ihr geheiligtes Eigentum. Als sich nun die streikenden Landarbeiter um Hilfe für ihr hungerndes Vieh an die Technische Nothilfe wandten, erklärte diese es als unmöglich, die Not zu beheben.

Die Technische Nothilfe wird erst dann in der Landwirtschaft eine Berechtigung haben, wenn sie wirklich neutral nach beiden Seiten hin ihre Tätigkeit ausübt. Wer hat es aber schon einmal erlebt, daß unsere Landbündler den Einfluß der Technischen Nothilfe in Betrieben fordern, die nicht rationell bewirtschaftet werden?

Solange es keinen Anbau von Getreide in der Landwirtschaft gibt, solange die Technische Nothilfe ihre Aufgabe nur einseitig, zum Gunsten der Arbeitgeber, ausübt, die Arbeitnehmer dagegen in der Ausübung ihres Koalitionsrechts schädigt, der Allgemeinheit nützt, weil in verlotterten landwirtschaftlichen Betrieben die Untergründigkeit, muß ihre Unterstützung von der Landwirtschaft abgelehnt werden.

Unterstützung erwerbslos gewordener Tabakarbeiter.

Über die Unterstützung der im Sinne des § 1 Ziffer 2 des Tabaksteuergesetzes vom 29. März 1923 erwerbslos gewordenen Tabakarbeiter, die in andere Erwerbszweige nicht übergeführt werden können, scheinen noch Zweifel zu bestehen. Der Minister für Volkswohlfahrt weist daher, wie der „Allgemeine Preussische Landvolk“ mitteilt, darauf hin, daß durch das Tabaksteuergesetz erwerbslos gewordene Tabakarbeiter in die allgemeine Erwerbslosenfürsorge unter den gleichen Voraussetzungen aufgenommen werden wie andere Erwerbslose. Dabei soll die Zeit, die auf Grund des § 91 des Tabaksteuergesetzes und der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen Entschädigungen gewährt werden, nicht im Sinne des § 9a der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 auf die Dauer der Erwerbslosenunterstützung angerechnet werden. Soweit danach erwerbslos gewordene Tabakarbeiter in die allgemeine Erwerbslosenfürsorge aufgenommen werden können, dürfen sie auch bei den Hilfsmaßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge unter den dort geltenden Bestimmungen beschäftigt werden.

Eine unveränderte Zumutung.

Das Unternehmensrecht will auch die Angestellten-Verbände in die Pflicht seiner Steuererhebung stellen. Die Großhandelsverbände der Schreibwaren, Schmiedwaren, Holzbranche sandten am August durch den Syndikus W. Müller dem Zentralverband der Angestellten in Leipzig ein Schreiben, in dem sie in der besagten Art fragen, daß sie die neuen Steuern nicht tragen könnten, und daß die Betriebe geschlossen werden müßten, zumal die Steuererhebung infolge der Teuerung zu verzeichnen seien. Deswegen wird der Zentralverband der Angestellten ersucht, bei den beschriebenen Körperschaften darauf hinzuwirken, daß die neuen Steuern auf das Maß des Erträglichsten begrenzt werden.

Die neuen Steuern sind angefallen der Geldentwertung ein wenig auf den heißen Stein; trotzdem sollen sie abgehaut, wenigstens teilweise, gemacht werden. Und die Angestelltenverbände sollen sich daran beteiligen. Die Unternehmerverbände sollen den Angestelltenorganisationen wirklich zuvorkommen.

Aus Schlesien.

Der schlesische Arbeitsmarkt.

Wochenbericht für die Zeit vom 26. August bis 1. September.

Auch in der Berichtswochen letzte sich die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage fort.

In der Landwirtschaft bestand verminderte Nachfrage nach lebigen männlichen und weiblichen Arbeitskräften, die nur in geringem Umfang, jedoch besser als in der Vorwoche, gedeckt werden konnte. Das Angebot an verheirateten landwirtschaftlichen Arbeitskräften ist zurzeit noch immer sehr groß.

Im Bergbau war die Vermittlungstätigkeit in Oberschlesien sehr gering; ebenso bestand wenig oder fast gar keine Nachfrage nach Arbeitskräften im Waldbau und Oberlauflicher Forst. Auch in der Huttenindustrie war keine Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden. Im Hoyerwerdener Bezirk sind bei den Braunkohlegruben Vermineralisierung und Erka größere Entlassungen angekündigt. Im Frankenstein Bezirk haben zwei kleinere Gruben bei Baumgarten und Grochau Arbeitszeitverkürzung einführen müssen.

In der Industrie der Steine und Erden haben namentlich die Stilllegungen in den Ziegeleien noch sehr stark zugenommen. Entlassungen fanden statt im Namslauer Kreise, sowie im Kreise Wajslau, Strzelon und Brieg. In den Steinbruchbetrieben des Nimpfcher und Striegauer Bezirke wird vergrößert gearbeitet, mit Entlassungen ist hier bereits begonnen worden. In den Steinbrüchen des Striegauer Bezirke ist die Arbeit vollkommen eingestellt. Stillgelegt wurde gleichfalls der Steinbruch Gorfau bei Nimpfch. Größere Entlassungen kündigten an das Kalkwerk Tschirnhaus in Kaufung, Kreis Schönau, sowie die Gipswerke Neuland, Kreis Löwenberg. Arbeitszeitverkürzungen haben eingeführt die Porzellanfabriken Gebrüder Pohl-Schmiedberg in Havelbau, Kreis Landeshut, ebenso die Betriebe derselben Firma in Schmiedberg, die für Anfang Oktober gänzliche Stilllegung in Aussicht stellt. Auch verschiedene Handwerksbetriebe (Steinmetzgeschäfte) nahmen Entlassungen vor (Breslau, Liegnitz). In Liegnitz konnte die vollständige Stilllegung des Dampfziegeleibetriebes der Firma Rittel & Söhne vermieden werden; diese arbeitet zunächst vergrößert und entließ vorläufig nur einen Teil der Belegschaft.

Auch in der Metallindustrie zeigte sich die erhebliche Verschlechterung fort. Trotzdem in Breslau zu den Untere-Hofmann-Werken etwa 70 Mann vermittelt werden konnten, steigt die Zahl der Arbeitslosen in der Metallindustrie von Tag zu Tag. Die Firma Kolbe (Kaufmannsstraße) mußte ihren Betrieb wesentlich einschränken, eine Brückenwagenfabrik (Breslau) führte Kurzarbeit ein. Im Kreise Schönau befindet sich die Beschäftigung der Maschinenfabrik C. & S. Klose in Nieder-Verbisdorf im Streik. In Liegnitz mußte die Maschinenfabrik Bauer Kurzarbeit einführen; ebenso arbeitet dort das Elektrizitätswerk sowie die Maschinenbau-Zentrale der schlesischen Landwirte vergrößert. In Glatz arbeitet die Maschinenfabrik Thiel und Meiswald vergrößert; dasselbe ist der Fall in Bunzlau bei sämtlichen Betrieben der Metallindustrie. In Hirschberg kündigte die Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen des Hirschberger Landbundes Arbeitszeitverkürzung an. In Oberschlesien ist die Metallindustrie im allgemeinen noch verhältnismäßig günstig beschäftigt, jedoch fanden Anforderungen von Arbeitskräften nicht mehr statt.

In der chemischen Industrie hält die ungünstige Entwicklung an, ebenso im Spinntstoffgewerbe, wo im Glatzer Bezirk die mechanische Weberei Stange ihrer ganzen Belegschaft zum 1. d. Is. gekündigt hat; ebenso haben die beiden größten Textilverwerke im Kreise Glatz: Chr. Dierig und Meyer-Kaufmann Arbeitszeitverkürzung vornehmen müssen. In Strzelon betriebs Einstellung und Entlassung sämtlicher Arbeitskräfte bis auf die Strumpffabrik, die noch mit Aufträgen versehen ist. In Freystadt in Schlesien ist die Tute-, Wollspinnerei und Weberei Gebr. Sandberg mit der gesamten Belegschaft (zirka 400 Arbeitnehmer) ohne Beschäftigung; Notstandsarbeiten sind im Gange. Im Liegnitzer Bezirk arbeiten sämtliche Textilfabriken nur 24 Stunden wöchentlich. Im Reichensbacher Bezirk herrscht Kurzarbeit in sämtlichen Spinnstoffbetrieben; jedoch war es den Firmen C. F. Gain und Urbatis, die bereits Entlassungen vorgenommen hatten, möglich, die Arbeit, wenn auch stark vergrößert, wieder aufzunehmen, sodas hier gegen die Vorwoche eine gewisse Entspannung der Lage, sowie ein Rückgang der Zahl der Arbeiterbetriebslosen eingetreten ist. Kurzarbeit herrscht in allen Textilbetrieben des Kreises Landeshut, ebenso des Neudorfer und Saganer Kreises.

In der Lederindustrie, sowie im Holz- und Schnitstoffgewerbe hält die Abwärtsbewegung an. Namentlich eine ganze Anzahl Sägewerksbetriebe haben Arbeitszeitverkürzung und Stilllegungen vornehmen müssen, so im Kreise Falkenberg, Neufals, Liegnitz und Hirschberg. Auch in der Möbelindustrie fanden weitere Entlassungen statt (Liegnitz, Schönau, Strzelon, wo von nächster Woche ab mit völliger Betriebsstilllegung zu rechnen ist), Lahn, Kreis Löwenberg und Kreuzburg.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe war nach Bäckern und Fleischern keine Nachfrage vorhanden, im Gegenteil, auch hier nimmt die Zahl der Arbeitslosen stark zu. In Liegnitz haben die Mälzereien und Nahrungsmittelfabriken C. Meyer einen Teil ihrer Belegschaft entlassen. Ebenso haben größere Entlassungen die Rechte Oder-Ufer-Mühle in Kreuzburg angekündigt. In Hirschberg hat eine Essigspritzfabrik Kurzarbeit einführen müssen.

Im Bekleidungs-gewerbe arbeiten die Wäsche-Schuhfabriken weiterhin vergrößert. In Breslau war eine starke Zunahme der Zahl der Arbeitslosen aus dem Bekleidungs-gewerbe (Wäsche, sowie Konfektions-schneiderei, Wäschehererei, Schuhindustrie) zu beobachten.

Im Baugewerbe nahm in Breslau die Arbeitslosigkeit stark zu, ebenso im Hirschberger Kreise, wo infolge Geldmangel bei einer Firma über 100 Arbeitskräfte zur Entlassung kamen. Auch im Reichensbacher Bezirk fanden größere Entlassungen von Bauarbeitern statt; dasselbe war im Nimpfcher und Namslauer Kreise der Fall. In Oberschlesien ist die Arbeitsmarktlage im Baugewerbe immer noch günstig.

Im Vertriebs-gewerbe nimmt durchweg die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage zu. In Brieg ist 19 Schriftsetzern und 27 Buchdruckern bei der Firma Heintze gekündigt worden. Auch in Breslau fanden größere Entlassungen statt.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe vermehrt sich die Zahl der arbeitslosen Gasthausangestellten.

Im Verkehrsgewerbe hat die Zahl der arbeitslosen Schiffer (siehe vorigen Bericht) stark zugenommen.

Für häusliche Dienste bestand nach wie vor nur geringes Angebot bei großer Nachfrage.

Kaufmännische Angestellte sind schwer unterzubringen. In Oberschlesien bestand lediglich Nachfrage nach partien Buchhaltern und buchgebundenen Bankbeamten. Sonstiges Büropersonal war nicht zu vermitteln. Ebenso ungünstig ist die Lage für Büroangestellte. Nur in Breslau war es möglich, eine Anzahl Büroangestellter den Finanzämtern ausshilfsweise zur Beschäftigung zuzuwenden.

Der Kreishausbrand in Steinau — eine Brandstiftung!

Wir bringen mit nachstehenden Zeilen erstmalig einen ergänzenden Bericht über den Brand des Landratsamtes in Steinau in der Nacht vom 2. zum 3. September. Im Bericht am 3. September an uns abgegebener Bericht wurde von interessierter Seite unterzogen,

1923 mit mir in der Lage waren, Sachverhalte zu berichten. Wir kommen auf die Angelegenheit noch zurück. Zunächst die Berichterstatter unseres Steinauer Genossen:

Der Brand des Kreishauses hat in den Reihen der Steinauer Bevölkerung, ganz besonders aber in den Reihen der Arbeiterschaft, eine kolossale Empörung hervorgerufen, und zwar deshalb, weil mit Bestimmtheit von Sachverständigen festgestellt wurde, daß Brandstiftung vorliegt. Wer nun die Entwicklung der politischen Geschehnisse, die sich im Laufe der Zeit im Kreise entwickelten, etwas genauer betrachtet, und mer weiter die geschäftige Kampfesweise der Großagrarien gegen den sozialdemokratischen Landrat, Graf Wedel, etwas näher untersucht, der wird sich davon überzeugen sein, daß politische Momente dieser Brandstiftung zu Grunde liegen.

Der Geschäftsführer des Landbundes, Rechtsanwalt Habel, führt seit Jahren im Auftrage der Landbündler einen geschäftigen Kampf gegen den Landrat mit dem Ziel, den sozialdemokratischen Landrat unter allen Umständen von seinem Posten zu entfernen, wahrscheinlich, um seinen Hintermännern, dem ehemaligen „Kgl.“ Landrat a. D. von Engelmann, dem Grafen von Ballestrem usw. den Herrscherstab in die Hand drücken zu können.

Hundert von Beschwerden wurden erfolglos an den Regierungspräsidenten gesandt. Heftige Verleumdungen und Angriffe wurden auf ihn wegen seiner korrekten Stellungnahme während des Landarbeiterstreiks losgelassen, ohne jedenfalls den gewünschten Erfolg zu haben. Jedes Mittel erschien diesen Herrschern recht, um den Landrat zu entfernen. Als die Angriffe auf seine Person nicht mehr wirkten und zur Erfolglosigkeit verurteilt waren, verließ man die Grenzen des Anstandes, suchte den Kreis insofern zu schädigen, daß Rechtsanwalt Habel die Mitglieder des Landbundes, die ihre Gelder auf der Kreispartkasse liegen hatten, aufforderte, das Geld abzuziehen und der Landbündler zu übergeben, damit der Kreis dadurch geschädigt und in finanzielle Schwierigkeiten geraten sollte, um schließlich letzten Endes den Landrat dafür verantwortlich machen zu können. Ferner ging der Rechtsanwalt Habel dazu über, die Mitglieder des Landbundes aufzufordern, den Steinauer Musikverein bei keinen Veranstaltungen zu konfiszieren, weil der Leiter derselben im Hause des Landrats freundschaftlich verkehrte. Alle angewendeten Mittel blieben aber erfolglos und da alle legalen Mittel erschöpft waren, will man es nun mit unlegalen versuchen. Eine unter Zeugen getane Aussage dieses Rechtsanwalts Habel läßt darauf schließen, daß man in Zukunft kein Mittel scheuen wird, auch nicht das gefährlichste, um zum Ziele zu gelangen. Oder was soll es anders bedeuten, wenn er sagt: „Mir ist jedes Mittel recht, denn Landrat von seinem Posten zu entfernen, selbst wenn andere Personen dabei in Mitleidenschaft gezogen werden.“ Durch diese Aussage stellt er sich selbst als moralischen Urheber der Brandstiftung hin.

Nach den bis jetzt festgestellten Tatsachen liegt unzweifelhaft eine Brandstiftung vor. Der Brand ist mit der besten Absicht angelegt worden, um das Kreishaus vollständig einzuzündern, wie es die raffinierte Anlegung des Feuers beweisen hat. Die Aktenkammern geben einen guten Feuerherd des Dachgeschosses. Was hat man aber, um auch den Brandherd nach dem ersten Stoß zu löschen, der Wohnung des Landrats, gelangen zu lassen? In die Hauptleitung der elektrischen Leitung des 1. Stods wurde ein starkes Quantum Pulver geschüttet, das genügt hätte, bei dem durch den Brand oder sonst einer Ursache hervorgerufenen Kurzschluß in der Leitung einen neuen Brandherd durch die Explosion des Pulvers im ersten Stock hervorzurufen. Sollte da noch jemand glauben, daß dies keine wohlüberlegte Brandstiftung ist?

Ganz sonderbar berührt uns bei dem Brande auch noch das Verhalten einiger Großagrarien, die den telephonisch herbeigerufenen Feuerwehren des Kreises die Gestellung von Pferden verweigerten mit der Begründung, daß sie für Steinau keine Pferde haben, es soll nur ruhig brennen. Genannt sei hier der Herr von Frankenberg-Lüttich aus Bietwieje, der aber Pferde und Wagen zur Verfügung stellen konnte, um bewaffnete Selbstschutzmannschaften gegen die streikenden Landarbeiter nach Steinau zu fahren. Weitere Ermittlungen in dieser Angelegenheit schweben noch.

In einer öffentlichen Versammlung, in der Genosse Boigt über diese Dinge referierte, wurde starke Entrüstung über die Art und Weise des Kampfes der Großagrarien gegen den Landrat laut. Die Stimmung der Versammlung geht aus folgender, einstimmig gefaßter Resolution deutlich hervor:

„Die heute, am 5. September 1923, in der öffentlichen Versammlung anwesenden Bürger der Stadt Steinau sprechen dem Landrat, Graf von Wedel, ihr herzlichstes Vertrauen aus und beurteilen die Maßnahmen seiner Gegner, die darauf hinausgehen, ihn mit Gewalt von seinem Posten zu entfernen, auf das Schärfste. Sie fordern die sofortige Inhaftnahme des Rechtsanwaltes Habel, der als moralischer Urheber der Brandstiftung angesehen wird. Sie sind bereit, jede Schutzmaßnahme zu ergreifen, um derartige Gewalttätigkeiten in Zukunft zu verhindern.“

Doch trotzallem ist von Seiten der Behörden noch nicht das Geringste geschehen. Es ist doch immer dasselbe, wenn zwei daselbst tun. Die Empörung über die Kampfesweise des Rechtsanwalts Habel und seine schon einmal genannten Hintermänner wird von Tag zu Tag größer. Auf ihre Schultern fällt die Verantwortung, wenn es im Kreise und in der Stadt Steinau über kurz oder lang zu Unruhen kommt und einmal gründlich mit dieser Gesellschaft ausgeräumt wird. Hoffentlich hören wir von den maßgebenden Stellen bald etwas Näheres, wie man darüber denkt, unseren Landrat in der Zukunft vor solchen gemeinen Heberden und Verfolgungen zu schützen. Mehr Schutz dem Landrat, Herr Regierungspräsident!

Liegnitz, Städtischer Kredit beim Staate. Die Stadtgemeinde Liegnitz will einen kurzfristigen Kredit von 24 Millionen Mark bei dem preussischen Staate in Anspruch nehmen. Die Stadt ist auf diesen Kredit angewiesen, weil den Mehrausgaben nicht zu gleicher Zeit entsprechende Mehreinnahmen gegenüberstehen, insbesondere kann mit den Mehreinnahmen aus dem Gaswerk erst am Ende des Rechnungsjahres gerechnet werden.

UNITED STATES LINES

Amerikanische Regierungsdampfer
NACH NEW YORK
von Southampton — Cherbourg

LEVIATHAN

18. September, 9. u. 30. Oktober, 20. November, 11. Dezember
Von BREMEN über Southampton und Cherbourg nach NEW YORK

GEORGE WASHINGTON

21. September	24. Oktober	23. November
Präsident Arthur	12. September	18. Oktober
Präsident Roosevelt	26. September	31. Oktober
Präsident Wilson	10. Oktober	7. November
Präsident Harding	24. Oktober	14. November

Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später
Alles Nähere durch untenstehende Adressen

Vorzugsweise Gelegenheit für Güterbeförderung

UNITED STATES LINES

BERLIN W 8 BREITLAU
Unter den Eichen 1 Neue Schwanditzerstraße 10 (Hilfsmann)

General-Vorstellung: Norddeutscher Lloyd, Bremen

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 11. September.

Bereinigste Sozialdemokratische Partei.

Beamtet!

Freitag, den 14. September, findet abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, großer Saal (unter der Galerie) eine

Bersammlung

alle der Sozialdemokratischen Partei angehörigen Beamten statt. ... Die Verminderung des Beamten-Körpers. (Beamtenabbaugesetz).

Wir erwarten, daß sämtliche der Sozialdemokratischen Partei angehörigen Beamten in dieser Versammlung erscheinen. ... Die Verminderung des Beamten-Körpers. (Beamtenabbaugesetz).

Abend, Jungsozialisten! Heute abend, 1/2 8 Uhr: Spruchchor. ... Frauenleiterinnen und deren Stellvertreterinnen. Mittwoch, den 12. September, abends 8 Uhr: Wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6. Sämtliche Leiterinnen müssen teilnehmen.

Der Mann im Pelz.

Jeden Nachmittag um 5 Uhr erhält das kleine Café, in dem ... Der Mann im Pelz. ... Die Wirtin kennt fast alle Gäste ...

Der Mann im Pelz. ... Die Wirtin kennt fast alle Gäste ...

Der Mann im Pelz. ... Die Wirtin kennt fast alle Gäste ...

Der Mann im Pelz. ... Die Wirtin kennt fast alle Gäste ...

Der Mann im Pelz. ... Die Wirtin kennt fast alle Gäste ...

Der Mann im Pelz. ... Die Wirtin kennt fast alle Gäste ...

Der Mann im Pelz. ... Die Wirtin kennt fast alle Gäste ...

Der Mann im Pelz. ... Die Wirtin kennt fast alle Gäste ...

Der Mann im Pelz. ... Die Wirtin kennt fast alle Gäste ...

Der Mann im Pelz. ... Die Wirtin kennt fast alle Gäste ...

Der Mann im Pelz. ... Die Wirtin kennt fast alle Gäste ...

stehender Entschädigung, die dem Volkswohlfahrtsminister und dem Reichsarbeitsminister von einer gewählten Kommission überreicht werden soll.

Die am Sonntag, den 9. September, auf Einladung des Breslauer Mietervereins E. A. im Schiedmageraal in großer Anzahl versammelten Mieter von Räumern, welche nach dem Erlaß der Preussischen Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz vom 4. August von den Bestimmungen dieses Gesetzes ausgenommen sind, haben mit Empörung von der geradezu sinnlosen Anordnung des Volkswohlfahrtsministers Kenntnis genommen.

Die Ausführungsverordnung zeigt eine Verständnislosigkeit gegenüber den Belangen der Mieter derartiger Räume, die durch nichts mehr überboten werden kann.

In einer Zeit stärksten Geschäftsrückganges, der allerorten zu verkürzter Arbeitszeit, in vielen Fällen zu Entlassung von Personal geführt hat, neben härtester Anziehung der Steuerfahrräder, legt der Volkswohlfahrtsminister Preußens einen Teil der Geschäftswelt untragbare Lasten auf.

Es ist an sich schon nicht durchführbar, für einen Stand die Berechnung der Mieten auf der Grundlage der Goldmark vorzunehmen, ehe die gesamte Wirtschaft auf die Goldmarkbasis umgestellt ist, so wirkt diese leichtfertige getroffene Anordnung geradezu katastrophal auf die Betroffenen und die große Masse der Verbraucher, die letzten Endes auch diese ungeheure Lastbelastung tragen müssen.

Die Mieter der zwangsweise gewordenen Räume Breslaus erheben schärfsten Protest gegen die Vergewaltigung durch das Reichsarbeitsministerium und das Preussische Volkswohlfahrtsministerium.

Sie erwarten, daß diese geradezu unsinnige Verordnung sofort zurückgenommen wird und sprechen einem Volkswohlfahrtsminister, der in dieser Weise die Wohlfahrt des Volkes vernachlässigt, jedes Vertrauen ab.

Die obersten Regierungsinstanzen schaffen Ausländern reichen Gewinn, denn es steht fest, daß die Mietzahl derartiger Häuser von Ausländern erstanden sind.

Der neue Zeitungspreis.

Der weitere rasende Verfall der Papiermark und die damit einhergehende Steigerung nötigen auch in dieser Woche zu einer erheblichen Steigerung des Bezugspreises für die „Volkswacht“.

Der neue Preis ist für die Woche 1 600 000 Mark.

Wie immer, so bleiben wir auch diesmal mit dem Preise an der untersten Grenze des Möglichen. Wir bitten alle Genosseninnen und Genossen um weitere fleißige Werbearbeit. Für den besten Preis ist die Zeitung unentbehrlich, besonders aber können Sozialisten und Republikaner nicht ohne die „Volkswacht“ sein.

Gaspreis eine Million!

Der Gaspreis ist infolge Steigerung der Kohlenpreise auf eine Million Mark festgelegt worden. Müllgaswerkstätten werden von heute ab zu diesem Preise abgegeben.

Ein marktfreies Brot 6 Millionen!

Die Arbeitsgemeinschaft der Brotverarbeitenden Betriebe hat die Preise für marktfreies Backwaren mit Wirkung vom Mittwoch, den 12. September ab, wie folgt erhöht: 1 Pfund helles Brot 1 500 000 Mark, demnach das Vierfundbrot 6 000 000 Mark, 1 Pfund dunkles Brot 1 300 000 Mark, demnach das Vierfundbrot 5 200 000 Mark, eine helle Semmel (75 Gramm Teiggewicht) 300 000 Mark, eine dunkle Semmel (100 Gramm Teiggewicht) 250 000 Mark.

Eltern und Freunde der Arbeiterjugend!

Dieses Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses wieder ein Lichtbildervortrag statt. Diesmal wollen wir Euch in prächtigen Bildern die alte, schöne Kunst der Malerei mit ihrer „Alten Pinakothek“ zeigen. Karten zum Preise von 100 000 Mark für Erwachsene und 50 000 Mark für Jugendliche sind bei allen Heimleiterinnen und im Jugendsekretariat, Zimmer 43a des Gewerkschaftshauses, zu haben. Wer von den Eltern einige schöne Stunden vertreiben will, der vergesse nicht unseren Lichtbildervortrag.

Die Gewerbegerichtsbeisitzer und Schlichtungsausschuß-Mitglieder

Hörten in ihrer Sitzung vom 7. September einen Vortrag von Genossen Fehst über: „Lohnsteuer und Kurzarbeiterfragen“, an. Im besonderen sei auf die längeren Aufsätze, die in der „Volkswacht“ vom 11. April und 18. Juli erschienen sind, hingewiesen. Was die Arbeitgeber aber noch nicht beachten, sei das Gesetz vom 30. April d. Js. zur Ergänzung der Erwerbslosenfürsorge. Solange Krankenversicherungspflichtige infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit Lohnförmung erfahren, bleiben sie bei ihrer Klasse nach demjenigen Grundlohn versichert, der für sie ohne Kürzung der Arbeitszeit maßgebend wäre. Der

Arbeitgeber kann ihnen nur die Beitragsteile abziehen, die auf sie bei Zugrundelegung des gekürzten Verdienstes entfallen würden. Die Gemeinde hat dem Arbeitgeber den auf ihn entfallenden Mehrbeitrag zu erstatten.

Beispiel: Der Kurzarbeiter war vor eintretender Kurzarbeit mit einem Wochenlohn von 28 Millionen in Grundlohnklasse 14 mit einem Wochenbeitrag von 2 940 000 Mark bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau versichert.

Als Kurzarbeiter verdient er später nur 10 Millionen die Woche, er kommt jetzt in Grundlohnklasse 8 mit einem Wochenbeitrag von 840 000 Mark. Der Kurzarbeiter hat nur 2/3 von 840 000 Mark = 560 000 Mark Krankenkassenbeitrag zu leisten, der Arbeitgeber hingegen 2 380 000 Mark, wovon er 1 960 000 Mark von der Gemeinde zurückerhält, er selber muß je 1/3 des Betrages der Stufe 8 und 14 tragen.

Der Kurzarbeiter erhält aber im Krankheitsfalle aus der Grundlohnstufe 14 das höhere Krankengeld.

Dieser Vorteil darf dem Kurzarbeiter aus Unkenntnis nicht verloren gehen, deshalb muß er selber sich darum kümmern.

Auf einstimmigen Beschluß soll der Vortrag vor den Betriebsräten noch einmal gehalten werden. Unter Punkt Beschriebenes wurde beschlossen, bei den Behörden auf Erhöhung der Entschädigungssätze für Sitzungstage vorzeitig zu werden. Nach Aussprache über gesammelte Erfahrungen schloß der Vorsitzende, Genosse Häusler, die Sitzung.

Vom Arbeiter-Bildungsausschuß.

Das Arbeiter-Technikum beginnt mit neuen Kursen. Der Unterricht erstreckt sich auf Mathematik, darstellende Geometrie, Mechanik, Maschinenlehre, Maschinenbau, Elektrotechnik.

Anmeldungen werden in der nächsten Woche täglich von 5 bis 7 Uhr nachmittags im Zimmer 44 des Gewerkschaftshauses entgegen genommen. Dortselbst sind auch die näheren Bedingungen zu erfragen.

Vorschau an Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene.

Zur Anpassung an die Teuerung hat der Reichsarbeitsminister abermals eine Zwischenzahlung an die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen angeordnet. Die Auszahlung der Beträge wird wie bei den bisher gezahlten Vorschüssen mittels Postcheck erfolgen. Die hierzu erforderlichen Arbeiten hat das Versorgungsamt bereits in Angriff genommen und werden so beschleunigt, daß die den Einzelnen zustehenden Beträge durch die Post ab 14. d. Mts. zur Auszahlung kommen. Das Postämteramt hat größte Beschleunigung der Zahlung zugesichert.

Im Interesse des ungehinderten Fortganges der in kurzer Zeit zu leistenden Arbeit steht sich das Amt gezwungen, die bisher üblichen Sprechstunden bis Ende dieser Woche aufzuheben.

Amstlicher Wetterbericht. Der höchste Druck steht jetzt im Osten von uns. Die Störungen, welche nur sehr langsam von Frankreich herankommen, werden uns nur leichtere Bewölkung bringen. — Dienstag: Heiter und bisweilen leicht bewölkt. Nachts kühl, tagsüber Erwärmung bei schwachem Winde.

Die Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung ist mit Wirkung vom 1. August ab auf einen Jahresarbeitsverdienst von 2 400 Millionen (monatlich 200 Millionen) festgelegt worden.

Briefeinförmung in Breslau nach 8 1/2 Uhr abends. Nach der wertvollen, allgemeinen Abend-Briefkastenreinigung in Breslau bestehen an Werktagen für Breslau noch folgende Spätkostenleistungsmöglichkeiten: 1. Die an den Hauptverkehrsstellen aufgestellten Säulenbriefkästen, sowie eine kleine Zahl gewöhnlicher Briefkästen in der inneren Stadt werden nach 9 Uhr abends geleert. 2. Die Hausbriefkästen an den Postgebäuden der Postämter 3, 5, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 16, 18 und 23 werden noch zwischen 10 und 11 Uhr abends geleert. Auf jedem Straßensackbriefkasten ist angegeben, wo der nächste an einem Posthaus befindliche Briefkasten vorhanden ist und wann er täglich das letzte Mal geleert wird. 3. Die Briefkästen an den Gebäuden der Postämter 1 und 2 sowie sämtliche Briefkästen am und im Hauptbahnhof werden 20-30 Minuten vor Abgang jeder Post — auch nachts — geleert.

Bereinskalender.

- Textilarbeiter-Verband. Dienstag, den 11. September, nachmittags 5 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: Mitgliederversammlung.
Donnerstag, den 13. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses: Textilarbeiterinnen-Versammlung.
Deutscher Holzarbeiterverband (Verwaltungsstelle Breslau). Mittwoch, den 12. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: Versammlung sämtlicher Vertrauensmänner aus den Betrieben, die unter Landesrat stehen. (Stede Informat). Die Ortsverwaltung.
Radfahrer-Verein „Republik“. Mittwoch, den 12. September, in der Turnhalle der Volkshochschule: Zusammenkunft sämtlicher Sportgenossen zwecks wichtiger Besprechungen.
Arbeiter-Angler-Verein E. B. Donnerstag, den 13. September, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 78: Mitgliederversammlung. Vorstandsmittglieder eine Stunde früher im Restaurant. Hr. A.: Der Vorstand.

Denkt an das Parteiotopfer!

Deutsche Badebilder.

Von einem Profetariet.

Deutschland besitzt eine Anzahl lebenswichtiger Heilquellen. Diese Bäder waren immer eine Domäne der Wohlhabenden. Heute können sie nur von den reichsten Zügländern und den kalifornischen Ausländern besucht werden. Proletarier sind nur imstande, in Anspruch zu nehmen, wenn ihnen große Krankheitsfälle, die Heilversicherung für Angehörige und andere soziale Einrichtungen im Heilbesuchen bewilligen. Das trostlose Finanzjenseit läßt das bald nicht mehr zu.

Die amerikanischen Gäste eines Bades gaben eine Wohlfühlvorstellung. Es wollte der Zufall, daß am selben Tage die Nachricht vom Ableben des Präsidenten Harding von Nordamerika eingetroffen war. Ein Herr teilte sie vor Beginn der Vorstellung dem Publikum mit, worauf die Theaterkapelle einen Trauermarsch spielte. Die Anwesenden erhoben sich von den Plätzen. Nach Beendigung dieser Trauerkundgebung klafften die Anzahl Menschen Beifall. Doch ein recht energisches Fischen machte diesem unerhörten Verhalten schnell ein Ende. Ich bemerkte empört: „Die Leute wissen sich auch wirklich nicht zu benehmen.“ Eine Dame, die vor mir saß, muß das gehört haben, denn sie drehte sich zu mir um und sagte entrückt: „Sie haben recht.“ Sie mußten im Theater immer einige Rüpel sein, die gleichen Beifall gelpend: wird.“

Die Wohlfühlvorstellung wurde gegeben zum Besten der bedürftigen Kinder Deutschlands. In der Pause wurde von

der Bühne herab verkündet, daß nach Abzug aller Kosten 750 Millionen Papiermark zur Unterstützung der armen Kinder bereit wären. Bewachtiger Beifall. Nur einer meinte ganz lächeln, das wären nur 500 Dollar, die hätte ein reicher Amerikaner allein spenden können. Ja, aber dann hätten die Damen mit ihren Koffern nicht prunken können. Und sie hatten zum Besten der armen Kinder Deutschlands ihre teuersten Garben angelegt; sie prangen im Gold- und Brillantenschmuck und schleppten teure weiße und blaue Hüte herum. Und das alles zum Besten der armen Kinder Deutschlands. Nur schade, daß diese, von denen viele nicht ein Hemd anzuziehen haben, diesen Wang nicht leben konnten. Auch waren sie nicht in der Lage zu beobachten, wie in den Pausen zu ihren Gunsten warme Speisen verzehrt wurden. Viele Kinder werden hierlich an diesem Abend hungrig schlafen gegangen sein, aber hier wurde reichlich für sie gegessen. Noch zahlreicher solcher „Opfer“ Abende und die Herberstellungen in der besthenden Klasse nehmen rasend zu. Das Bad muß dann abermals vergrößert werden.

Beschäftigung der technischen Anlagen. Wir wurden durch die verschiedenen Betriebe geführt. Staunten viel an. Wanderten durch einen halben Kilometer langen unterirdischen Gang, landeten unter dem Haupttrudel und wurden zum Schluß in die Kaiserinnenbäder geführt. Im Punkte Monarchismus waren wir vor dem Kriege großartig. Hatten doch größere Bahnhöfe Königs- und Fürstentümer. Da konnte doch die deutsche Kaiserin nicht Badeeinrichtungen benutzen, die für alle da waren, sie mußte ihr eigenes Bad haben. Und was? Nur ein kleiner. Vor dem Baderaum ein Salon, damit die Hofdame einen Unterfunktionsraum hatte, wenn die Kaiserin im Bade war. Und die zünftige Kaiserin

mußte auch so ein Bad haben. Beide Kaiserinnen konnten unmöglich ein Bad gemeinsam benutzen. Wir hatten es ja dazu. Die Gäste konnten also die Bäder an. „Wohin die noch in Anspruch genommen?“ fragte eine Dame. „Ja, hier kann jeder haben“, sagte der Ingenieur. Die Dame machte ein entsetztes Gesicht. Ein Herr, der das bemerkte, erklärte ihr: „Ja, hier kann jeder haben, der das Geld dazu hat, denn das sind Salondäder erster Klasse, und die sind besonders teuer.“ Die Dame antwortete beruhigt: „So, das ist ja etwas anderes.“

Ein junger Mann, seinem Verhalten nach ein Anhänger der Deutschnationalen, hörte sich das Konzert der Kapelle an. „Sie müßten mal ein deutsches Lied spielen“, meinte er zu mir. „Sie haben ja“, emigrierte ich ahnungslos, einen Wagnerabend gegeben, einen Romantikerabend veranstaltet und Werke von Schubert, Weber gespielt. „Sie verstehen mich nicht“, versetzte das Herrchen, „ich meine ein deutsches, zeitgemäßes Lied, so das Deutschlandlied.“ „Ach, das soll wohl gespielt werden, weil der Dollar auf 5 Millionen steht“, emigrierte ich. Der junge Mann verhielt sich. Am 11. August flatterte das Reichsbanner auf dem Rathaus, und am Nachmittag spielte die Kapelle auch das deutsche Lied, darauf noch die Nacht am Rhein. Darnach kamen in Sekundenschnelle für die Kaiserin. Am nächsten Morgen traf ich den blauen Jüngling. „Ja, gehen Sie ruhig das deutsche Lied“, sagte ich zu ihm. „Bemühtlich schaute er mich an, verzweifelt sprach er zu mir: „Das sind ja Idioten. Spielen das Deutschlandlied an dem Ort, wo das Reichsbanner aufgehängt ist.“

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Karl Kluge, Lebensmittel
Bauerstr. 2 und Markthalle 2, Gartenstraße,
Stand 262-263, neben dem Wägereium

Kolonialwarenhandlung
Max Kuhnert
Heinrichstraße 13

Fleisch- und Würstfabrik
Kurt Boer, Heinrichstraße 19

Milch- und Butterhandlung
Franziska Müller
Heinrichstraße 19a

Schlesische Metall-Stanzol-Verwertungsgesellschaft (s. B.)
Vinzenzstraße 2
kauft ständig jeden Posten Zinn, Stanzolpapier, Stanzolkapseln und Stanzolröhren zu höchsten Preisen!

Brot- und Weißbäckerei
Artur Zingler
Schießwenderplatz 14

Altmetalle, Papier Lumpen = Säcke
kauft zu höchsten Tagespreisen
Korn & Co., Schießwenderplatz 8

Gehr. Nibé
Zigarrenfabrik Schießwenderplatz 8

Brennholz — Baum-, Rosenpflanze und Leitern
Strohé & Holdinghausen
Schießwenderstraße 14

Firma verw. Frau **Betty Nabelek**
Schießwenderstraße 17 Tel. Ohle 7153
Kolonialwaren, Schokoladen, Zuckerwaren

Richard Gertz
Bäckerei und Feinbäckerei
Schießwenderstraße 21

Lebensmittelhaus
Kolonialwaren — Molkereiprodukte
Oskar Günther
Kohlenstraße 23, Ecke Schießwenderstr.

Kolonialwaren — Schokoladen
Zigarren — Zigaretten
verw. Frau **Emma Sollors**
Schießwenderstraße 29, Ecke Adolfstraße

Fleischerei und Würstfabrik
Karl Walke, Schießwenderstraße 45

Reinhold Richter
Kolonial-, Feinkost- u. Tabakwaren
:: Reßplatz 13 ::

RoB-Schlächtere
Robert Freitag
Belltafelstraße 9
= Dauernd geöffnet =

Kolonial- und Lebensmittelhandlung
Heinrich Bernard
Belltafelstraße 13

Ausführung von Dacharbeiten
Gustav Gärtig
Einbaumstraße Nr. 7

Clemens Pohl
Kletschkastraße 9

Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Gustav Putzke
Kletschkastraße Nr. 15 — Tel. Ohle 7257



Zu haben in allen Lebensmittelgeschäften.

Lebensmittelhaus Hauptbahnhof
Inh.: Stachon & Blume
BRESLAU, Bohrauer Straße 13
.. Telephone Ring 1195 ..

Ernst Wallat Nechodstraße 5
Tel.: Ohle 4977
Kolonialwaren, Spirituosen, Tabakfabrikate

Josef Silbermann Breslau II
Neudorfstraße 15
Gummiwaren-Großvertrieb

Wild, Geflügel, Ziegenfleisch und Butter
stets frisch zu billigsten Preisen bei
M. Müller Neudorfstraße 89
Tel.: Ring 9382

Paul Finger Neudorfstraße 61
Kolonialwaren

Paul Grüner Neudorfstraße 61
Kolonialwaren

Bruno Nordbruch Neudorfstr. 65
Tel. O. 4765 N.
Kolonialwaren, Konserven, Konfitüren, Zigaretten

Kolonialwaren und Spirituosen
kaufen Sie preiswert bei
Karl Preis, Neudorfstraße 71

Otto Zebulla, Neudorfstr. 78
Billigste Bezugsquelle für
Kolonial- und Fettwaren.

E. Kieslich
Augustastraße 122
Kolonialwaren

Alfred Prokopetz
Gneisenauplatz 2
Fahrradhandlung Reparaturwerkstatt

Josef Beck
Konditorei — Feinbäckerei
Gneisenauplatz 4

August Baumbauer
Gneisenaustr. 7 Sattlermeister Gneisenaustr. 7
Reparaturwerkstatt für sämtliche
:: Lederwaren und Reisekoffer ::

Hermann Mukrasch
Breslau 10 Telephone 8343 Hünicherstraße 16
WAGENBAU
Verkauf aller Arten Kutschwagen, neu und gebraucht

Heinrich Sonnabend
Schuhmachermeister, Lehndamm 22
Maß- und Reparatur-Werkstatt
Fertige Schuhwaren

Paul Köhler
Kolonialwaren * Delikatessen
Lehndamm 33/35
Telephone Ohle 5868

K. Beltz, Lehndamm 11
Lebensmittel
Milch, Margarine, Butter, Käse etc.

Weiß-, Woll- und Kurzwaren
M. Kallmann Adalbertstraße 26

Adolf Menzel Monhauptstraße 20
Stellmacherei und Wagenbau
Verkauf neuer und gebr. Wagen, sowie Reparaturen
Telephon: Ohle 2371

Wäsch- und Platt-Haus
Geschw. Irmer
Weinstraße 44

Bonifaz Ullrich
Kornbrennerei und Likörfabrik
Weinstraße 45/49 Telephone Ohle 5088

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
August Frömel
Oelsnerstraße 18 Oelsnerstraße 18

Mehlniederlage Hornstein
Oelsnerstraße 22 Ecke Weinstraße
Ia Gräditzer Weizenmehl
— Umtausch von Lesgetreide —

Walter Neuser
Kreuzburger Straße 6
Lederhandlg. u. Schuhmacher-Bedarfsartikel

Lebensmittelgeschäft
A. Hoffmann
Michaelisstraße 1, Ecke Matthiasstraße

Alteisen, Altmetalle kaufen
Schneiderlumpen, Papiersäcke
Michaelisstraße 6/7.
May & Co. Telephone Ring 1602.

Paul Richter
Friseur
Michaelisstraße 26.

Konditorei E. Basler
Rebenstraße 12a Ecke Michaelisstraße
Spezialität: Speise-Eis

Anton Tessarz
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
Michaelisstraße 31.

Achtung, Produkteneinkäufer! Durch gute Verbindungen mit Großabnehmern bin ich stets in der Lage, von selbst höchste Dollar-Preise zu zahlen. Ein Versuch macht Sie zum dauernden Kunden.
Scholz, Märkische Straße 20

Max Großmann Berliner Straße 1
Kolonialwaren

Paul Willer Berliner Straße 17
Kolonialwaren

Adolf Neumann Berliner Straße 58
Fleisch- u. Wurstwaren

Oskar Pohl Berliner Straße 59
Kolonialwaren

Kurt Rusche, Berliner Straße 74
Kolonialwaren und Delikatessen

Benno Ascher
Friedrich-Wilhelm-Straße 3
Leinen- und Baumwollwaren

Lothar Lischka Friedrich-Wilhelm-Straße 7
Delikatessen, Kolonialwaren
Liköre Weine
nur beste Qualitätware

M. Eisinger, Möbelhaus
Friedr.-Wilhelm-Straße 12, I., am Wachtplatz

Alfred Menzel Friedr.-Wilhelm-Straße 29
Butter — Eier — Käse
Obst und Süßfrüchte

Friedrich Adler, Friedrich-Wilhelmstr. 37
Kolonialwaren — Delikatessen.

Max Witke, Friedrich-Wilhelmstr. 47
Süßfrüchte — Delikatessen — Kolonialwaren

Max Riembeck
Kolonialwaren
8 Geschäfte
in allen Stadtteilen.

Alfred & Karl Suda
Mehl-Niederlage
Getreideeinkauf :: Umtausch :: Sämereien
Friedrich-Wilhelm-Straße 50 Tel. Ohle 6642

Georg Jander Friedrich-Wilhelm-Straße 50
Kolonialwaren — Delikatessen — Destillation

Photo-Atelier Schroeder (Inh. G. Hammer)
Friedrich-Wilhelmstraße 60/62
Aufnahmen und Vergrößerungen aller ...

Biison, Kleider, Röcke Kinderkleider
Lager und eigene Maßanfertigung
Hedwig Böhm, Friedrich-Wilhelm-Straße 61

Reinhard Lux
Friedrich-Wilhelmstraße 63
Kolonialwaren — Delikatessen.

Robert Scholz Dessauerstraße Nr. 8 — Hauptgeschäft: Weißgerberei
ff. Fleisch- u. Wurstwaren

Albert Grieger, Westendstr. 29
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel

E. Silbermann Westendstr. 53/55
Kolonialwaren — Feinkost

Paul Ulrich, Hildebrandtstraße 27
ff. Fleisch- und Wurstwaren

ERICH HIRSCH Nikolai-Kaufhaus
Alsenstraße 18
Beste Bezugsquelle für sämtliche Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Wäsche, Herrenartikel

Karl Langner Alsenstraße 89/96 — Ecke Duppelstraße
Telefon: Ring 926
Kolonialwaren, Feinkost, Weine, Liköre, Bier, Salz

Karl Minze Alsenstraße 89 — Tel. Ohle 5946
Breslau 6 Kolonialwaren :: Delikatessen

Klatt & Jenczyk, Posener Straße 8/10
Kolonialwaren — Delikatessen — Hülsenfrüchte
— Eigene Marinieranstalt und Großküche

Alex. Stepanienko Posener Straße 13
Bok 2 Hildebrandtstraße
Kaffee-Spezialgeschäft, Kolonialwaren,
:: Weine, Tabak, Zigarren, Liköre ::

Paul Gebauer, Posener Straße 24
— Kolonialwaren —

Theodor Sambale Posener Straße 51
Ecke Steinauer Straße
Kolonialwaren-, Feinkost- und Weinhandlung

Paul Sperlich Bergstraße 14
Bäckerei

Alteisen Altmetalle Papier Lumpen
kauft zu höchsten Dollarpreisen

Heinze & Langner, Bergstraße 18

Paul Frühauf Bergstraße 24
Kolonialwaren

Otto Werner Bergstraße 33
Bäckerei und Konditorei

Hermann Hawiltzky Bergstr. 29
Fleisch- und Wurstwaren

Hermann Weißmann
Spezialgeschäft für Partiewaren u. Gelegenheitskäufe in Kurz-, Weiß- und Wollwaren
nur Hofchenstraße 17

Heinrich Klappholz Hofchenstr. 48, a. d. Augustiniklinik
Telephon: Ohle 9496
Trikotagen, Strümpfe, Weiß- und Wollwaren
Große Auswahl zu besonders billigen Preisen

Hermann Müller, Kantstraße 3
Lebensmittelgeschäft
Obst, Gemüse, Süßfrüchte, Eier, Käse, Butter, Bier und Salz

Carl Eichhorn, Kantstraße 30
Kolonialwaren — Delikatessen

Victor Hadaschik Kolonialwaren — Zigaretten
Kantstraße 61 Mammelstraße 199

Druckerel Volkswacht
Moderne, zweckmäßige und saubere Ausführung aller Drucksachen
preiswert und bei kürzester Lieferzeit
Breslau 2 Flurstraße 4-6